*Talente
blühen!*

„Nationale Initiative: Autonome Schule“

Internes Diskussionspapier, Stand 14. August 2014

Das Konzept:

Autonome Schule

Ein Plädoyer

**für mehr Freiheit und Verantwortung
im österreichischen Schulwesen**

zum Zwecke des inhaltlichen Austausches übermittelt
an die **Bundesministerin für Bildung und Frauen** und
an die **Bildungssprecher_innen der Parlamentsfraktionen**

INHALT

1. „Bildungswende“: Schule braucht Bewegung, Freiheit und Verantwortung	2
2. Ausgangspunkt: Mittelmäßige Lernergebnisse, falsche Ressourcenbindung, frustrierte Systemteilnehmer_innen	3
3. Dreifache Autonomie für die Schulen	5
4. Was braucht es für mehr Schulautonomie?	6
5. Drei-Ebenen-Modell: Schule <> Bildungsregion <> Bundesministerium.....	7
6. Was bedeutet das Modell „Autonome Schule“ für die Akteursgruppen?	9
7. Mittlere Reife als Qualitätsrahmen und Zielvorgabe	11
8. Professionalisierung der Schulleitung und der Direktor_innenbestellung.....	12
9. Vom Lehrerdienstrecht zum Rahmenkollektivertrag	13
10. Finanzierung der Autonomen Schule	14
11. Schrittweise Umsetzung der Autonomen Schule	14
12. Häufig gestellte Fragen.....	16
13. ANHANG: Schulautonomie – aktuelle Rechtslage	18

Diskussionspapier – Work in progress

Das Papier wird in einem laufenden Diskussionsprozess der „Nationalen Initiative: Autonome Schule“ weiterentwickelt und bis Sommer 2015 finalisiert und veröffentlicht.

© „Nationale Initiative: Autonome Schule“, Dr. Matthias Strolz (matthias@strolz.eu)

1. „Bildungswende“: Schule braucht Bewegung, Freiheit und Verantwortung

Wir sind als Menschen frei und gleich an Würde geboren. Das „funktioniert“ in Österreich. Ausgehend davon wünschen wir uns die umfassende Entfaltung des Menschen – mit all seinen Potenzialen und Talenten. Das Bildungssystem spielt dabei eine zentrale Rolle.

Unsere Vision: Das Schulwesen ist geleitet und geprägt von der Zuwendung zu den Potenzialen und Talenten. Die Schüler_innen stehen im Mittelpunkt der schulpolitischen Debatte. Die Politik konzentriert sich auf die Definition eines eindeutigen Handlungsrahmens und gibt den Schulleitungen sowie den Pädagoginnen und Pädagogen die Freiheit und Verantwortung zur Umsetzung und Gestaltung. Schulreform und Schulentwicklung geschieht somit permanent und täglich „von unten“. Das System Schule wird zur Lernenden Organisation und ist im steten, selbstverständlichen Austausch mit dem Wandel der Zeit.

Unsere Welt verändert sich rasant. Eine wahre Informations- oder Wissensexplosion findet statt. Das digitale Zeitalter macht es möglich, dass unfassbar viel an Information jederzeit verfügbar und abrufbar ist. Gleichzeitig stellt sich unsere Welt heute – mehr denn je – als volatil, unsicher, komplex und ambivalent dar. Die Herausforderung lautet für Organisationen wie Individuen gleichermaßen, sich in dieser unüberschaubaren Welt gut zu Recht zu finden. Das heißt vor allem, entscheidungs- und handlungsfähig zu sein und zu bleiben. Darauf soll Schule vorbereiten.

Im Umgang mit diesen Herausforderungen beobachten wir in vielen Organisationen in unterschiedlichsten gesellschaftlichen Teilsystemen in den letzten Jahrzehnten neue Bewältigungs- und Handlungsstrategien. Diese sind u.a.:

- Interesse und Beteiligung schaffen (bei Mitgliedern, Kund_innen, Mitarbeiter_innen, Stakeholdern ...)
- intrinsische Motivation als Hebel nutzen
- Selbstreflexionsfähigkeit nähren
- Eigenverantwortung und Teamarbeit stärken
- systemisches Denken und vernetztes Arbeiten unterstützen
- flache und multiple Hierarchien ausbilden
- Vertrauen als wichtigen Koordinationsmechanismus in der Organisationskultur verankern
- Wissensmanagement vorantreiben
- Flexibilität leben
- neue Formen der Integration von Organisationsmitgliedern forcieren
- Synergien heben
- Kooperationen finden

Vergleicht man das System Schule mit anderen gesellschaftlichen Teilsystemen (z.B. Arbeitswelt in Privatwirtschaft und im Non-Profit-Bereich), so zeigt sich, dass die Schule vielfach in alten Mustern und verkrusteten Strukturen gefangen ist. Wir sind davon überzeugt, dass eine umfassende Autonomie dem System Schule jene Erneuerungs- und Effektivitätsimpulse geben würde, die wir so dringend brauchen. Autonomie gibt Gestaltungsfreiheit und Verantwortung. Sie dynamisiert die konstruktiven Kräfte im System und schafft damit Innovation.

Autonomie ist nie Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck: Damit wir die Talente besser in die Blüte bringen; damit wir die Schüler_innen besser in ihrer Entfaltung begleiten; damit die Lernergebnisse – und damit der Output des Systems Schule – bessere sein mögen, als sie heute sind. Umfassende Autonomie ist kein Allheilmittel. Sie ist eine grundlegende Gestaltungsstrategie für unser System Schule. Sie birgt große Chancen; natürlich auch Risiken. Daher gilt es von anderen Ländern zu lernen und die Strategie schrittweise und mit Bedachtsamkeit umzusetzen. Es ist eine Reise, zu der wir als Republik gemeinsam aufbrechen. Wir werden Etappe für Etappe gehen. Wir werden unterwegs lernen. Mit dem Ziel einer besseren Schule, damit die Talente blühen in Österreich.

2. Ausgangspunkt: Mittelmäßige Lernergebnisse, falsche Ressourcenbindung, frustrierte Systemteilnehmer_innen

Die in Österreich stark ausgeprägte Weisungs- und Misstrauenskultur im Bildungsbereich versucht den Schulalltag bis ins kleinste Detail von oben mittels Gesetzen, Verordnungen und Erlässen zu reglementieren. Sämtliche Eventualitäten sollen berücksichtigt und kontrolliert werden. Das Korsett ist bis zum Ersticken zugeschnürt und unzähligen außerschulischen Einfluss- und Zugriffsmöglichkeiten ausgeliefert. Das Ergebnis: Eine aufgeblähte Bürokratie, politische Interventionen und ein unüberschaubarer Verordnungsdschungel binden Ressourcen, blockieren die Selbstorganisationskräfte des Systems Schule sowie individuelles Engagement und frustrieren Systemteilnehmer_innen, primär die Schulleitungen und die Lehrer_innen, in weiterer Folge die Schüler_innen und Eltern.

Das österreichische Schulsystem leidet daher auch unter einem schlechten Effizienz- und Effektivitätsgrad: Bei den Bildungsausgaben ist Österreich international führend. Die Ausgaben für Schüler_innen/Studierende betragen in Österreich von der Volksschule bis zur Hochschule kaufkraftbereinigt pro Kopf durchschnittlich 12.507 USD (OECD-Durchschnitt:

9.313 USD). Das sind 8.980,40 EUR jährlich (zum Berichtszeitpunkt umgerechnet) und eine Platzierung im Spitzenfeld. (Quelle: OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick 2013“)

Internationale Vergleiche bei den Lernergebnissen weisen uns jedoch einen Platz im internationalen Mittelfeld zu. Dazu ein kurzer Überblick über PIRLS, TIMSS und PISA:

Österreichs Schüler_innen erreichen bei PIRLS 2011 auf der Lese-Gesamtskala einen Mittelwert von 529 Punkten. Damit befindet sich Österreich auf Rang 25 unter den 45 Teilnehmerländern. Die besten Leistungen zeigen die Kinder aus Hongkong (571), Russland (568), Finnland (568) und Singapur (567). Alarmierend ist auch die Tatsache, dass es in Österreich zu einem signifikanten Rückgang in der Lesekompetenz von Grundschulkindern seit dem letzten PIRLS-Test kam. Insgesamt hat Österreich 2011 gegenüber 2006 neun Punkte auf der Lese-Gesamtskala verloren.

Der Mathematik-Mittelwert der österreichischen Schüler_innen bei TIMSS 2011 beträgt 508 Punkte. Unter den insgesamt 50 Teilnehmerländern nimmt Österreich damit den 23. Rang ein. Die besten Mathematikleistungen erzielen die Kinder aus den asiatischen Ländern Singapur (606), Korea (605) und Hongkong (602). Das Abschneiden Österreichs relativiert sich aber, wenn man nur die 14 ausgewählten Vergleichsländer als Referenz heranzieht. Der Mittelwert dieser Länder mit ähnlichen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rahmenbedingungen beträgt 525 Punkte. Der Österreich-Schnitt liegt mit 17 Punkten Differenz deutlich darunter; Österreichs Kinder nehmen damit Rang 11 (von 14) ein. Sieben der 14 Vergleichsländer liegen signifikant vor Österreich. (Quelle: PIRLS & TIMSS 2011. Schülerleistungen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaft in der Grundschule. Erste Ergebnisse. Birgit Suchań, Christina Wallner-Paschon, Silvia Bergmüller & Claudia Schreiner (Hrsg.). Graz: Leykam 2012.)

Die Ergebnisse der PISA-Testung im Jahr 2012 verorten Österreich ebenso im Mittelfeld: In Mathematik leicht über dem OECD-Schnitt. Lesen, die traditionell größte Schwachstelle der österreichischen Jugendlichen bei den PISA-Tests, lag mit 490 Punkten (so wie im Jahr 2000) unter dem OECD-Schnitt (496 Punkte). Knapp jede_r fünfte österreichische Schüler_in (19,5 Prozent) zeigt grundlegende Probleme beim sinnerfassenden Lesen. Im dritten Kompetenzfeld, den Naturwissenschaften, landet Österreich mit 506 Punkten nahe am OECD-Mittelwert (501 Punkte).

Jahr für Jahr schicken wir zigtausende Schulabbrecher_innen und Schulabgänger_innen ohne ausreichende Kenntnisse in Lesen, Schreiben und Rechnen auf ihren weiteren Lebensweg. Derzeit haben 8,5 Prozent der Jugendlichen zwischen 16 und 24 Jahren weder einen Job noch stehen sie in einer Ausbildung. 78.000 "Neets" (Not in Education, Employment, Training) weist der Sozialforscher Johann Bacher in seiner Studie „Neet – Jugendliche in Österreich“ aus (vgl. http://www.isw-linz.at/themen/dbdocs/PPP_Bacher_Lankmayer.pdf).

Die Schwächen des Schulsystems korrelieren mit einem traditionell hohen Niveau an außerschulischer Nachhilfe: 2013 wurden 109 Millionen Euro für private Nachhilfe und die Arbeit von 48.000 Vollzeitbeschäftigten durch unfreiwilliges Lernen mit den Kindern zu Hause aufgewendet. Konkret sind vier von fünf Müttern oder Vätern nach der Arbeit unfreiwillige Unterstützungslehrer_innen für ihre Kinder. 210.000 Kinder brauchen private Nachhilfe. Mit ein Grund für die Belastung der Familien ist zu wenig Förderunterricht in den Schulen selbst. (Quelle: AK Nachhilfebarometer 2014)

3. Dreifache Autonomie für die Schulen

Unser Ziel: Im Lebensraum „Schule“ soll die Entwicklung der Schüler_innen zu mündigen, leistungsfähigen und lebensbejahenden Bürger_innen im Sinne frei denkender und verantwortungsvoll handelnder Personen optimal – das heißt unter anderem auch ressourceneffizient – begleitet werden. Die Schulabsolvent_innen sollen als Bürger_innen mit grundlegenden Kulturtechniken und Kompetenzen befähigt sein, die ihnen ermöglichen, ein selbstbewusstes und selbstbestimmtes Leben zu führen sowie lebenslanges Lernen zu betreiben.

Eine umfassende Schulautonomie wird bei der Erreichung dieser Ziele wichtige Dienste leisten. Was nicht von oben verordnet wird, was man selbst entscheiden darf, schafft mehr Verantwortung und macht zumeist mehr Freude – dieser „Volksweisheit“ können wohl viele von uns beipflichten. Eigenverantwortliches Denken und Handeln fördert die Motivation und das Selbstbewusstsein. Motivierte Schulleitungen, Lehrer_innen und Schüler_innen kommen gemeinsam zu besseren Lernergebnissen. Erhöhte Teilhabe seitens der Eltern (z.B. in der Schulentscheidung, Involvierung bei Standort-spezifischen Festlegungen) holt die Eltern zudem stärker ins „Boot der Bildung“.

Wir streben daher ein neues, einfaches, umfassendes Schulgesetz an, das alle bisherigen Schulgesetze ablöst. Die aktuelle Weisungs- und Misstrauenskultur soll durch einen klaren Handlungsrahmen für autonome Schulen abgelöst werden. Die Politik definiert fixe Räume für Freiraum.

Schulautonomie bedeutet, dass es entlang der Losung **„Gemeinsames Ziel, vielfältige Wege“** einen einheitlichen (Qualitäts-)Rahmen für alle Schulen gibt (vgl. u.a. „Mittlere Reife“ weiter unten). Innerhalb dieses Rahmens haben Schulen aufgrund schulspezifischer, standortspezifischer bzw. (human-)ressourcenbedingter Gegebenheiten die Möglichkeit, Gestaltungsfreiräume in Verbindung mit hoher Eigenverantwortung zu nutzen.

Unser Autonomie-Modell basiert auf drei Säulen:

A) Pädagogische Autonomie:

Die pädagogische Autonomie erlaubt Schulen, pädagogische Konzepte, Curricula/Lehrpläne, Klassenschüler_innenzahl, Lehrmittel und -methoden usw. autonom festzulegen.

B) Finanzielle Autonomie:

Die Finanzierung folgt den Schüler_innen. Je Schüler_in wird an die Schule eine einheitliche Summe überwiesen. Eine indexbasierte Standortfinanzierung unterstützt darüber hinaus die Erreichung definierter gesellschaftspolitischer Ziele, insbesondere der gelingenden sozialen Durchmischung der Schüler_innenpopulation und der Chancengerechtigkeit für Schulstandorte außerhalb von Ballungsgebieten.

C) Personelle Autonomie:

Auswahl und Führung des Personals erfolgt durch die Schulleitung, inklusive Einstellungs-, Kündigungs-, Freistellungs- und Entlassungsrecht seitens der Direktor_innen.

4. Was braucht es für mehr Schulautonomie?

Derzeit ist die Autonomie der Schulen in Österreich im internationalen Vergleich gering ausgeprägt. Das zeigte die OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2012“. Nur 31 Prozent der Entscheidungen im Schulwesen werden hierzulande auf Schulebene getroffen. Im EU-Durchschnitt sind es 46 Prozent. Das größte Mitspracherecht haben die Schulen in den Niederlanden, wo 86 Prozent der Entscheidungen auf Schulebene fallen. Finnland gibt 100 Prozent der Befugnisse den Gemeinden, die in der Praxis viele Entscheidungen an die Schulen delegieren.

Schule ist eine lernende Organisation, in der alle Verantwortung übernehmen müssen: die Politik für die Ausprägung des gestalterischen Rahmens, die Schüler_innen für ihre Entwicklung und Lernfortschritte, die Lehrer_innen für deren optimale Begleitung und Unterstützung, die Schulleiter_innen für die kompetente Führung der Organisation und die Eltern für ihre Teilhabe am Schul- und Lerngeschehen.

Es braucht also die Lernbereitschaft und den Mut aller, Veränderungen anzudenken und Entwicklungen voranzubringen. Die Reise hin zu einer umfassenden Schulautonomie bedeutet einen entschlossenen Systemwandel und umfasst unter anderen folgende Aspekte:

- Organisationskultureller Wandel weg von Verordnen & Kontrollieren & Intervenieren hin zu Vertrauen & Gestalten & Begleiten
- Schaffung eines klaren gesetzlichen Rahmens
- Definition klarer Strukturen und Zuständigkeiten auf allen Ebenen (Dezentralisierung und Forcieren der Subsidiarität)
- Abbau der Regelungsdichte (nicht alle Eventualitäten müssen „von oben“ geregelt werden)
- Übergang von der akribischen Prozess- und Inputsteuerung hin zu Rahmensteuerung durch Zielvorgaben und Qualitätsmanagement

5. Drei-Ebenen-Modell: Schule <> Bildungsregion <> Bundesministerium

Die strukturelle Ausgestaltung der Zuständigkeiten für die Autonome Schule erfolgt auf drei Ebenen:

Modell „Autonome Schule“ mit drei Ebenen:

1. Autonome Schule (juristische Person öffentlichen Rechts)
2. Bildungsregionen/Bildungsservice (Monitoring, Begleitung, Qualitätssicherung)
3. Bund (bundesweiter Qualitätsrahmen/Zielvorgaben, Mittelzuteilung, Ausbildung)

Erste Ebene: Die Schule erhält Rechtspersönlichkeit

- Schule ist juristische Person öffentlichen Rechts (Zusammenschlüsse mehrerer Standorte möglich)
- Schule ist Trägerin von eigenen Rechten und Pflichten
- Direktor_innen in Führungsfunktion (Führungskräfteausbildung muss forciert werden, klares Anforderungsprofil: der beste/erfahrenste Lehrer muss nicht der beste Direktor sein)

Die Schule besitzt Autonomie in den Bereichen:

- schulische Schwerpunktsetzung/Profilbildung
- pädagogisches Konzept (inkl. z.B. Jahrgangsmischungen, alternative Leistungsbeurteilung, modulare Gestaltungen)
- Didaktik (Anm.: Lehr- und Lernmethoden sind bereits jetzt frei wählbar)
- Schulentwicklung (z.B. Curricula-Entwicklung)
- Finanzen
- Organisation (samt Personalhoheit)
- Verwaltung

Zweite Ebene: Bildungsregionen (in der Größe mehrerer Bezirke)

- An die Stelle der Schulbehörden und Schulinspektor_innen tritt ein „Bildungsservice“, das die Schulen bei der Qualitätsentwicklung und -sicherung unterstützt.
- Das Bildungsservice zur Qualitätssicherung ist eine Einrichtung des Bundes, die regional organisiert ist. Die Bildungsregionen werden so definiert, dass in jeder Region das gesamte Spektrum an Schulen abgedeckt ist. Denkbar sind etwa Bildungsregionen in der Größe mehrerer Bezirke. Sie sind nicht von der politischen Landkarte abgeleitet und werden ausschließlich nach bildungsrelevanten Kriterien gebildet.
- Das Team regionaler Qualitätsmanager_innen begleitet die Schulen in der Erreichung der Bildungsziele sowie bei Schulmanagement und -entwicklung (in Weiterentwicklung der Funktion der jetzigen Pflichtschulinspektor_innen). Sie begleiten und beraten sowohl Schulleitungen als auch Lehrkräfte, vernetzen die Schulen und bringen internationale Erfahrungen sowie Erkenntnisse aus der Bildungsforschung ein. Sie haben kein Durchgriffsrecht auf autonome Kernfreiheiten wie Prozesse und Personal.
- Eine besonders wichtige Aufgabe ist die Unterstützung der Zusammenarbeit der Schulen untereinander. Das Ziel ist ein kollaboratives Lernen des Systems Schule. Internationale Studien zeigen, dass Autonomie nur in Verbindung mit Zusammenarbeit ihre produktive Wirkung für alle Schüler_innen entfaltet. Strategien der Zusammenarbeit sind daher zu unterstützen (z.B. zwischenschulische Praxisgruppen, Austauschprogramme).

Dritte Ebene: Bund definiert bundesweite Zielvorgaben/Standards und Finanzierung

- Qualitäts- und Kompetenzrahmen (vgl. u.a. Kapitel „Mittlere Reife als Qualitätsrahmen und Zielvorgabe“)
- Ergebniscontrolling: Monitoring bzgl. Erreichung der Bildungsziele an den Schulstandorten

- Interventionskompetenz bei Nicht-Erreichen der Qualitätsziele bzw. Nicht-Einhaltung des Qualitätsrahmens seitens einer Schule (in Rückkoppelung mit Bildungsregion)
- Personalausbildung (Pädagog_innen, Schulleiter_innen als Führungskräfte, Qualitätsmanager_innen)
- Pro-Kopf-Finanzierung je Schüler_in und indexbasierte Standortfinanzierung

Der Gewinn von Gestaltungsfreiheit darf nicht mit dem Verlust von Solidarität und Gemeinschaftssinn verbunden sein. Eltern dürfen daher nicht verunsichert werden. Es ist daher Aufgabe der Politik, einen entsprechenden Qualitätsrahmen vorzugeben sowie ein funktionierendes Qualitätsmanagement zu etablieren, sodass alle Beteiligten (Schüler_innen, Lehrer_innen, Eltern) Vertrauen in die „Gemeinsame Schule der Vielfalt“ aufbauen.

Die Vielfalt pädagogischer Konzepte und standortspezifischer Profilierungen soll als Mehrwert begriffen werden. Schlussendlich wird Schulautonomie auch den gesunden Wettbewerb und die Kooperation zwischen Schulstandorten in den Regionen und bundesweit positiv stimulieren und solchermaßen eine Qualitätsspirale nach oben einleiten.

6. Was bedeutet das Modell „Autonome Schule“ für die Akteursgruppen?

Schulautonomie bedeutet **für die Schüler_innen, u.a.:**

- Freie Schulwahl ohne Schulgeld, mehr Chancengerechtigkeit
- Mehr Fokus auf die Talente und Bedürfnisse der einzelnen Schüler_innen durch Vielfalt und Ausdifferenzierung der pädagogisch-didaktischen Ansätze und Schulkonzepte
- Optimalere Lernbegleitung durch – via Empowerment – stärker motivierte Lehrkräfte und Schulleitungen
- Stärkung der Lernpartnerschaft zwischen Schüler_in und Lehrer_in
- Mehr Möglichkeitsräume für eigenverantwortliches Lernen und Handeln (z.B. mehr Rücksicht auf individuelles Lerntempo, modulare Unterrichtsmodelle) durch mehr Gestaltungsspielraum an den Schulen
- Autonomie als Gestaltungsstrategie durch Verantwortung und Freiheit sickert als Teil der Organisationskultur in den Schulalltag ein und stärkt ethische Bildung und Eigenverantwortlichkeit
- Unterstützung durch „maßgeschneiderten“ Unterricht und stärker individualisierte Fördermaßnahmen auf Basis umfassender Gestaltungs- und Budgethoheit

- Bessere Lernergebnisse

Schulautonomie bedeutet **für die Schulen, u.a.:**

- Ergebnisverantwortung und Gestaltungsfreiheit
- Finanzielle Autonomie – Globalbudget inkl. eigene Einnahmen
- Mehr Spielraum für eine stärkere, auch standortbezogene Profilierung (hinsichtlich Schwerpunktsetzung, Pädagogik, Didaktik ...)
- Professionelle Leitung der Schule inkl. Supportpersonal als Entlastung für die Pädagog_innen
- Stärkung der Schule als Expert_innen-Organisation

Schulautonomie bedeutet **für die Direktor_innen, u.a.:**

- Von der Verwaltung zur Gestaltung
- Betriebswirtschaftliche Verantwortung (Budget- und Bilanzverantwortung)
- Strategische Führungsverantwortung
- Personelle Autonomie: Auswahl/Führung/Motivation des Personals, samt Einstellungs-, Kündigungs-, Freistellungs- und Entlassungsrecht; Personalentwicklung am Standort

Schulautonomie bedeutet **für die Lehrer_innen, u.a.:**

- Mehr Teilhabe in der pädagogischen und didaktischen Ausrichtung der Schule
- Stärkung des Professionsverständnisses und des Selbstbewusstseins des Lehrer_innen-Berufs
- Öffnung von Möglichkeitsräumen für gelingenden Unterricht
- Mehr Gestaltungsspielräume bei der Organisation und Ausrichtung des eigenen Unterrichts
- Stärkung der Lernpartnerschaft zwischen Lehrer_in und Schüler_in
- Befreiung von überbordenden Verwaltungsaufgaben
- Mehr Zeit und Möglichkeiten für eine (individualisierte) Zuwendung zu den Schüler_innen und deren Talente und Bedürfnisse
- Mehr Unterstützung durch Ausdifferenzierung des Pädagog_innen-Berufs bzw. – Einsatzes (Lerncoaching, Psychologisches Fachpersonal, Sprachförderung ...)
- Mehr Karrieremöglichkeiten (z.B. Team- und Fachbereisleitungen)

Schulautonomie bedeutet **für die Eltern, u.a.:**

- Frei Schulwahl ohne Schulgeld, mehr Chancengerechtigkeit
- Mehr Einbindung/Teilhabe der Eltern
- Mehr Mitspracherecht bei Schulentscheidungen
- Stärkung der Schulpartnerschaft
- Sinkendes Verweigerungs- und Frustrationsniveau bei den Schüler_innen
- Mehr Lernmotivation und gestärkte Eigenverantwortung der Kinder
- Sinkender Nachhilfe-Bedarf
- Bessere Lernergebnisse der Kinder

7. Mittlere Reife als Qualitätsrahmen und Zielvorgabe

Als Zielvorgabe und Qualitätsrahmen für die Sekundarstufe 1 definiert die Politik eine „Mittlere Reife“ als Abschluss der Sekundarstufe 1, regulär im Alter von 15 Jahren bzw. nach neun Schulstufen (Sekundarstufe 1 wird auf fünf Jahre verlängert). Sie folgt der Frage: Welche Lernergebnisse wünschen wir uns bei Schüler_innen im Alter von 15 Jahren?

Die Etablierung einer Mittleren Reife ist ein wichtiger Dreh- und Angelpunkt für die Schulautonomie der Sekundarstufe 1 und ist die logische Fortsetzung eines steuerungs-politischen Ansatzes, der mit der Umsetzung von Leistungsstandards in ausgewählten Kernfächern in Österreich bereits praktiziert wird.

Ziel der Mittleren Reife ist es einerseits, den autonomen Schulen einen klaren Handlungsrahmen mit auf den Weg zu geben. Sie tragen umfassende Ergebnisverantwortung und werden an diesen Ergebnissen gemessen.

Andererseits sollen die Jugendlichen mit dem Schulabschluss eine individuelle Orientierung für ihre Zukunft erhalten. Sie sollten wissen, wo ihre Stärken und Fähigkeiten liegen und was noch ausbaufähig und verbesserbar ist. Vor allem sollten die Jugendlichen wissen, was sie wollen und was sie sich zutrauen. Im Fokus liegen hier die diversen Sozial- und Selbstkompetenzen. Eine Abschlussarbeit in Form einer Präsentation und schriftlichen Abhandlung über die eigenen Fähigkeiten gehört genauso zur Mittleren Reife, wie die Fremdbeurteilung durch die Lehrenden. Die Stärkenorientierung als Instrument der Wertschätzung und Anerkennung soll eine besondere Beziehung zwischen Lehrenden und Schüler_innen herstellen.

Zum Umfang der Mittleren Reife gehören (Vorschlag):

- Sinnerfassendes Lesen und Schreiben (in mind. zwei lebenden Sprachen)
- Sprachliches Ausdrucksvermögen (in mind. zwei lebenden Sprachen)
- Grundrechnungsarten, Schlussrechnungen, Textaufgaben lösen, Berechnen von Flächen und Volumina und Kopfrechnen
- Gefühl für (mathematisch ausdrückbare) Größenordnungen und Zahlenverhältnisse inkl. Kopfrechnen
- Lernkompetenz (die Fähigkeit und Bereitschaft, Informationen über Sachverhalte und Zusammenhänge selbständig und gemeinsam mit anderen zu verstehen, auszuwerten und in gedankliche Strukturen einzuordnen)
- Fähigkeit, sich in sozialen Situationen zu orientieren (z.B. Kommunizieren, Anstandsregeln, Toleranz)
- Fähigkeit, zwischenmenschliche Beziehungen aufzubauen und zu stabilisieren
- Basiskenntnisse in Recht, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft (zumindest Grundprinzipien der Demokratie, des Rechtsstaats und des Wirtschaftssystems)
- Medienkompetenz (inkl. Verantwortungsvoller Umgang mit sozialen Netzwerken)
- Entscheidungsfähigkeit in Hinblick auf die eigene Lebensgestaltung und –führung
- Berufsorientierung und Berufsvorbereitung
- Wahlpflichtfach aus den Bereichen: Kultur, Geographie, Naturwissenschaften, Gesundheit & Ernährung, Ethik etc.

Die Mittlere Reife als „Prüfung“ kann sich auch in mehreren Teilschritten (individuelle Zusammensetzung) abgelegt werden. Sie soll Berufs- und Lebenschancen schaffen, deren Fokus das Aufzeigen von Stärken und das Hinführen zu Grundkompetenzen ist. Wichtig ist, dass der Prüfungsstandard österreichweit auf dem gleichen Niveau gehalten wird. Der positive Abschluss der Mittleren Reife ist der Schlüssel und Voraussetzung für eine Lehre und den Übertritt in die Sekundarstufe 2. [Anm.: Welche Wege für Schüler_innen offen stehen sollen, die die Mittlere Reife nicht schaffen, wird aktuell im Rahmen einer Arbeitsgruppe definiert.]

8. Professionalisierung der Schulleitung und der Direktor_innenbestellung

Schulleiter_innen bekleiden eine zentrale Führungsfunktion. Sie haben umfassende Führungsverantwortung: strategisch, betriebswirtschaftlich, personell. Für die Autonome Schule ist es erfolgskritisch, die Schulleitung als Führungsfunktion zu denken und zu leben. Dies bedingt ein neues Professionsverständnis für die Funktion und Rolle der Schulleitung.

Die Ausbildung der Schulleiter_innen muss umfassend neu gestaltet werden, um den Anforderungen dieser verantwortungsvollen Funktion gerecht zu werden. Ebenso logisch ist eine angemessene Entlohnung als Führungskraft. In großen Schulen sind Zwischenhierarchien zu etablieren, um gelingende Führung zu leben. Alle Arbeitnehmer_innen haben ein Recht auf eine Führungskraft – das gilt auch für Lehrer_innen. Eine Führungsspanne von oft mehr als 20 Personen – mitunter sogar mehr als 50 oder 80 Personen, wie es aktuell in großen Schulen praktiziert wird – wird sich nach Erkenntnissen der Organisationslehre in der Regel dysfunktional auf den Erfolg der Organisation auswirken.

Die Bestellung der Schulleitungen ist aus der vielerorts noch immer praktizierten politischen Umklammerung zu lösen und zu professionalisieren. Die Leiter_innen autonomer Schulen werden nicht von Behörden und Landeshauptleuten bestimmt. Sie werden auf Basis eines öffentlichen Hearings gemeinsam von Lehrer_innen, Eltern, regionalen Qualitätsmanager_innen (Bildungsservice) und in der Sekundarstufe 2 von Vertreter_innen der Schüler_innen gewählt und auf Zeit bestellt.

9. Vom Lehrerdienstrecht zum Rahmenkollektivvertrag

Für die Mitarbeiter_innen (Lehrkräfte, Psycholog_innen, Sozialarbeiter_innen, Verwaltungspersonal etc.) in autonomen Schulen soll ein bundesweiter Rahmenkollektivvertrag ausgehandelt werden. Dieser ersetzt das starre Lehrerdienstrecht, das zuletzt für viel Frust auf beiden Seiten gesorgt hat.

Die Kollektivvertragspartner sind auf Arbeitgeberseite Vertreter_innen der Direktor_innen der autonomen Schulen sowie des Bundes und auf Arbeitnehmerseite die Gewerkschaften der Lehrer_innen und anderer Schulmitarbeiter_innen. Der Rahmenkollektivvertrag regelt Mindestlöhne und Grundgehälter, Arbeitszeitfragen im Rahmen eines Jahresarbeitszeitmodells sowie Kündigungsmöglichkeiten. Er gibt den Schulen Handlungsspielräume bei der finanziellen Honorierung von besonderen Leistungen, bei Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb der Schule, bei Fragen der Aufgaben- und Arbeitszeitverteilung und anderen Aspekten der Personal- und Organisationsentwicklung.

10. Finanzierung der Autonomen Schule

Die Finanzierung erfolgt pro Schüler_in nach dem Prinzip „freie Schulwahl ohne Schulgeld“. Für jeden schulgeldfrei angebotenen Schulplatz erhält die Schule – egal ob in öffentlicher, kirchlicher oder freier Trägerschaft – einen fixen Pauschalbetrag.

Eine indexbasierte Standortfinanzierung unterstützt darüber hinaus die Erreichung definierter gesellschaftspolitischer Ziele, insbesondere der gelingenden sozialen Durchmischung der Schüler_innenpopulation und der Chancengerechtigkeit für Schulstandorte außerhalb von Ballungsräumen. Das bedeutet praktisch, dass Schulen mit hohem Anteil an Schüler_innen, die eine nicht-deutsche Erstsprache oder Eltern mit niedrigen Bildungsabschlüssen haben, zusätzliche Mittel erhalten. Ebenso Schulen im ländlichen Raum. Um eine individuelle Stigmatisierung zu vermeiden, wird die gesamte Schüler_innenpopulation am Standort als Berechnungsgrundlage herangezogen (anonymisierte Daten) und dem Ministerium übermittelt.

Vorstellbar ist auch, weitere schulstandortbedingte Besonderheiten/Gegebenheiten zu berücksichtigen, z.B. Sonderbedarfe im Rahmen inklusivpädagogischer Gesichtspunkte. Darüber hinaus haben Schulen die Möglichkeit eigene Mittel zu lukrieren (z.B. durch Kooperationen oder die Vermietung von Räumlichkeiten in der unterrichtsfreien Zeit).

11. Schrittweise Umsetzung der Autonomen Schule

Das bestehende System bietet jetzt schon einige Möglichkeiten, Autonomie am Schulstandort zu leben (vgl. Kapitel „13. ANHANG: Aktuelle Rechtsgrundlage). Diese werden aus unterschiedlichen Gründen zu selten wahrgenommen: Einerseits kennen viele Akteure die im Gesetzes-Dickicht verborgenen Paragraphen mitunter nur unvollständig, andererseits fehlt der Mut und die Entschlossenheit, die vorhandenen Möglichkeitsräume zu füllen. Hier braucht es ein deutliches Signal seitens des Bildungsministeriums: Die zuständige Ministerin sollte informieren, Klarheit schaffen und die Schulleitungen sowie Lehrerinnen und Lehrer ermutigen, autonom zu handeln.

Der Weg zur (umfassend) Autonomen Schule, wie in diesem Konzept ausgedeutet, soll Schritt für Schritt gegangen werden. Auf Basis internationaler Erfahrungen empfiehlt sich ein Opt-in-Modell (vgl. Hessen). Eine Komplettumstellung gleichsam über Nacht ist nicht zu empfehlen (vgl. Nordrhein-Westfalen).

Ein Opt-in-Modell sieht vor, dass Schulen, die schrittweise die Kriterien erfüllen, die Möglichkeit haben, auch schrittweise in die Autonomie zu gehen (kein Zwang, nur Chance). Der erste Schritt setzt qualifizierte Führungskräfte voraus, damit kann die Schule bereits in eine Teilautonomie (z. B. Umstellung auf Globalbudget) entlassen werden. Gelingt der Schulleitung ein erster Transformationskatalog und gibt es auch interne Zustimmung (mindestens ein qualifizierter Teil des Lehrkörpers und der Eltern sowie Schüler_innen), wird die Entwicklung in weiteren Schritten (Organisation, Mitsprache bei Personalentscheidungen etc.) bis zur Entlassung in die Vollautonomie fortgesetzt.

In der vollen Autonomie können die Schulleitungen schließlich neu eintretendes Personal durch eigenverantwortliche geführte Auswahlverfahren selbst aussuchen und Personalentwicklung am Standort betreiben.

Die Umstellung kann nicht von heute auf morgen erfolgen. Nicht alle Standorte werden gleichzeitig starten und mit der gleichen Geschwindigkeit vorankommen. Wichtig ist, dass wir zügig den Start für jene ermöglichen, die bereit sind. Auch Teilpakete auf Bundesebene, wie die zügige Umsetzung einer neuen Schulleiter_innen-Ausbildung, können sofort angegangen werden. (Anm.: Dies ist jedenfalls sinnvoll, auch wenn es keine politischen Mehrheiten für eine umfassende Autonomie im Sinne des hier ausgedachten Konzeptes geben sollte.)

Jede große Reise beginnt mit ersten Schritten – auch die hier geplante, hin zu einer besseren Schule, zu mehr Chancengerechtigkeit und zu blühenden Talenten.

12. Häufig gestellte Fragen

Kann die freie Schulwahl dazu führen, dass ich keinen Schulplatz finde?

Das ausgeschilderte Modell der Autonomen Schule folgt dem Prinzip der freien Schulwahl ohne Schulgeld. Die Wahl der Schule liegt damit in der Freiheit der Eltern bzw. der Kinder/Jugendlichen. Die Aufnahme der Schüler_innen wiederum liegt in der Verantwortung der Schule. Sie können Schüler_innen auch ablehnen. Eine Aufnahmepflicht der wohnortnächsten Schule gewährleistet im Rahmen des schulpflichtigen Alters einen garantierten Schulplatz.

Muss ich bei Autonomen Schulen Schulgeld zahlen?

Freie Schulwahl ohne Schulgeld. Schulen, die die dargestellte Finanzierung der öffentlichen Hand in Anspruch nehmen, ist es untersagt, zusätzlich Schulgeld zu verlangen.

Eine Schule in privater Trägerschaft kann auf die öffentliche Finanzierung verzichten und Schulgeld verlangen. Dies liegt allein in der Entscheidung der privaten Schule.

Führt die Autonome Schule zur Ausbildung homogener Schulpopulationen?

Im Gegenteil. Die Autonome Schule mit einer Pro-Kopf-Finanzierung und einer zusätzlichen indexbasierten Standortfinanzierung fördert die soziale Durchmischung (s. Kapitel „8. Finanzierung der Autonomen Schule“).

Vergrößert sich der Abstand zwischen guten und den schlechten Schulen durch mehr Autonomie?

Internationale Studien zeigen, dass Autonomie nur in Verbindung mit Zusammenarbeit ihre produktive Wirkung für alle Schüler_innen entfaltet. Strategien der Zusammenarbeit sind daher zu unterstützen und kollaboratives Arbeiten ist bereits im Rahmen der Pädagog_innenausbildung zu fördern. Zwischenschulische Praxisgruppen, Austauschprogramme für Lehrer_innen und andere Formen der (selbstgesteuerten) Zusammenarbeit zwischen Schulen sind essentiell, um „starke“ und „schwache“ Schulen im steten Austausch miteinander zu halten und Synergien zu kultivieren. Das Bildungsservice hat hier einen expliziten Auftrag in der professionellen Begleitung zu erfüllen.

Sind Sie mit diesem Konzept der Autonomen Schule für oder gegen die Gesamtschule?

Die Autonome Schule ist ein alternativer Weg. Sie ist eine „Gemeinsame Mittelschule der Vielfalt“ entlang dem Grundsatz „Einheitliches Ziel, vielfältige Wege“. Sie verpflichtet sich auf folgende Grundsätze:

- Fokus auf Talente und Bedürfnisse der Schüler_innen statt Defizitorientierung
- Mehr Chancengerechtigkeit (Bildung soll nicht vererbt sein) – keine frühzeitige Trennung der Schüler_innen in zwei „Töpfe“ im Alter von 9 bzw. 10 Jahren
- Vielfalt der pädagogischen Konzepte, Differenzierung des Schulwesens, Individualisierung des Unterrichts

Die Autonome Schule soll die ergebnislose Bildungsdebatte der letzten Jahrzehnte beenden, den Stillstand aufbrechen und ideologische Grabenkämpfe überwinden.

[Dieses Kapitel ist wie das gesamte Diskussionspapier derzeit in Entwicklung. Weitere Fragestellungen werden gesammelt. Anregungen, Kritik, Feedback und Fragen bitte via Email an christoph.gruber@neos.eu.]

13. ANHANG: Schulautonomie – aktuelle Rechtslage

Im Rahmen der (aktuellen) Schulautonomie wird Schulen ermöglicht, für den Standort bzw. für einzelne Klassen individuelle Entscheidungen zu treffen und auf regionale Bedürfnisse Rücksicht nehmen zu können.

Im **Schulorganisationsgesetz** sind folgende Bereiche der Schulautonomie festgelegt:

Erlassung schulautonomer Lehrplanbestimmungen (§ 6 Abs. 1 und 3 SchOG).

Die einzelnen Schulen können autonom Lehrplanbestimmungen erlassen. Dies erfolgt durch das Schulforum bzw. den Schulgemeinschaftsausschuss (§ 6 Abs. 3 SchOG). Die Erlassung schulautonomer Lehrplanbestimmungen setzt weitgehenden Konsens voraus. (Abstimmung qualifizierter Mehrheitsbeschluss erforderlich gem. § 63 a Abs. 12 und § 64 Abs. 11 SchUG).

Im Sinne der Schulautonomie bedarf die Erlassung schulautonomer Lehrplanbestimmungen keiner Genehmigung durch die Schulbehörde, ist jedoch dieser zur Kenntnis zu bringen. Die zuständige Bundesministerin, die die Lehrpläne erlässt, ist verpflichtet, den Schulen diesen Freiraum zu gewähren, sofern die Erlassung schulautonomer Lehrplanbestimmungen nach den rechtlichen Bestimmungen "vertretbar ist". Beispielsweise muss im Interesse der Schüler und Schülerinnen die Einheitlichkeit des österreichischen Bildungswesens gewahrt bleiben. So dürfen beispielsweise allgemein bildende Schulen keine berufsbildende Ausrichtung bekommen.

Welche Möglichkeiten bestehen?

- Erhöhung bzw. Reduzierung der Stundenzahl bestehender Pflichtgegenstände im vorgegebenen Rahmen
- Schaffung von Pflichtgegenständen, die nicht vorgesehen sind (die Abwahl eines Gegenstandes ist jedoch nicht möglich)
- Umwandlung von Freigegegenständen in Pflichtgegenstände
- Weitgehende Gestaltungsmöglichkeiten im Bereich Freigegegenstände und unverbindliche Übungen
- Unterschiedliche Gestaltungsmöglichkeiten des Förderunterrichts im Rahmen eines Gesamtstundenkontingentes (Möglichkeit der Abhaltung von Förderunterricht in allen Gegenständen, und zwar entweder in Kursform, geblockt oder aber integriert in den Unterricht des jeweiligen Gegenstandes)
- Festsetzung des zeitlichen Ausmaßes der Betreuungspläne für die gegenstandsbezogene und individuelle Lernzeit ganztägiger Schulformen.

Die Handlungsspielräume sind je nach Schulart in den einzelnen Lehrplänen unterschiedlich weit festgelegt.

Grenzen für die autonome Entwicklung stellen mitunter die räumlichen Möglichkeiten und die der Schule zur Verfügung stehenden Kontingente an Lehrerstunden (es dürfen keine Mehrkosten entstehen) dar. Ausgenommen von den schulautonomen Lehrplanbestimmungen ist im gesamten Schulwesen der Unterrichtsgegenstand Religion. Für den Religionsunterricht existiert nach wie vor eine fix vorgegebene Stundenzahl und -verteilung.

Schulautonome Festlegung von Eröffnungs- und Teilungszahlen (§ 8a Abs. 2 SchOG)

Eröffnungszahl ist die Mindestzahl von Schülerinnen und Schülern, ab der alternative Pflichtgegenstände, Freigegegenstände, unverbindliche Übungen sowie Förderunterricht zu führen sind.

Teilungszahl ist jene Klassenschülerzahl, ab der eine Klasse für den Unterricht in bestimmten Gegenständen in Schülergruppen geteilt wird.

Wenn ein Rahmen für die einsetzbaren Lehrerwochenstunden der einzelnen Schule zur Verfügung gestellt wurde, obliegt die Regelung betreffend Eröffnungs- und Teilungszahlen gemäß § 8a Abs. 3 SchOG dem Schulgemeinschaftsausschuss, soweit keine verordnungsmäßige Regelung durch die zuständige Schulbehörde oder den zuständigen Bundesminister erfolgt ist (schulautonome Festlegung von Eröffnungs- und Teilungszahlen).

Schulraumüberlassung (§ 128a SchOG)

Es besteht die Möglichkeit, einen Schulraum Dritten für nichtschulische Zwecke zu überlassen (z.B. Überlassen von Klassenräumen an eine Volkshochschule, Vermietung des Turnsaales an einen Sportverein) und die zweckgebundene Verwendung der für die Überlassung von Schulraum eingehobenen oder auf andere Weise eingenommenen Mittel.

Werbung und Sponsoring (§ 128b SchOG, § 46 Abs. 3 SchUG)

Bundesschulen sind ermächtigt, Geld- oder Sachmittel anzunehmen und diese Mittel für den Betrieb oder die Erhaltung der Schule zu verwenden. Die Pflichten des Schulerhalters werden dadurch in keiner Weise eingeschränkt. Schulen haben die Möglichkeit, für schulfremde Zwecke zu werben und/oder sich mittels Sponsoring Ressourcen zu beschaffen.

Die Entscheidung über schulfremde Werbung obliegt dem Schulleiter bzw. der Schulleiterin.

Das Schulforum bzw. der Schulgemeinschaftsausschuss können aber im Rahmen ihrer Beratungsrechte Empfehlungen geben bzw. entsprechende Informationen verlangen.

Nicht zulässig: keine altersadäquate Werbung z.B.: Werbung für Produkte, die ein Sucht- oder suchtägliches Verhalten zur Folge haben können wie Tabakwaren, Alkohol, nicht altersgemäße Computerspiele); Werbung für Sekten.

Teilrechtsfähigkeit (§ 128c SchOG)

Die Zuerkennung der Teilrechtsfähigkeit vergrößert die Freiräume, welche die zweckgebundene Gebarung den Schulen bietet. Sie ermöglicht es (Bundes-) Schulen, bestimmte Aktivitäten/Geschäfte autonom, also selbstbestimmt, aber auch eigenverantwortlich durchzuführen. (Auf Privatschulen beziehen sich diese Bestimmungen nicht, da deren Erhalter diesbezüglich ohnehin volle Handlungsfreiheit haben.)

Eine solche Einrichtung ist eine juristische Person, die in eigenem Namen, auf eigene Rechnung und eigene Verantwortung handelt und Geschäfte abschließen kann. Die Inanspruchnahme der Teilrechtsfähigkeit hat die Schulleitung mit dem Schulgemeinschaftsausschuss zu beraten.

Welche Aktivitäten den Schulen im Rahmen der Teilrechtsfähigkeit gestattet sind, ist in Abs. 5 Z 1 bis 5 taxativ angeführt, und zwar:

1. Erwerb von Vermögen und Rechten durch unentgeltliche Rechtsgeschäfte,
2. Durchführung von Lehrveranstaltungen, die nicht schulische Veranstaltungen im Rahmen des öffentlichen Bildungsauftrages sind,
3. Durchführung von sonstigen nicht unter Z 2 fallenden Veranstaltungen, die mit der Aufgabe der betreffenden Schule vereinbar sind, bzw. auch deren Organisation und Abwicklung für Dritte,
4. Abschluss von Verträgen über die Durchführung von Arbeiten, die mit der Aufgabe der betreffenden Schule vereinbar sind und
5. Verwendung des durch Rechtsgeschäfte gemäß Z 1 und 4 oder aus Veranstaltungen gemäß Z 2 und 3 erworbenen Vermögens und erworbener Rechte für die Erfüllung der Aufgaben der betreffenden Schule oder für Zwecke gemäß Z 2 bis 4.

Im **Schulzeitgesetz 1985** sind folgende schulautonome Schulzeitregelungen festgelegt:

- Entscheidungen über die schulautonomen Tage (§ 2 Abs. 5)
- Erklärung des Samstags zum Schultag oder zum schulfreien Tag („5-Tage-Woche“) (§ 2 Abs. 8)
- Vorverlegung des Unterrichts auf frühestens sieben Uhr (§ 3 Abs. 2)

- Gemäß § 4 Abs. 1 *Schulzeitgesetz* 1985 hat eine Unterrichtsstunde 50 Minuten zu dauern. Aus zwingenden Gründen – insbesondere wegen der Erreichung von fahrplanmäßigen Verkehrsmitteln durch eine überwiegende Zahl von Schülern – kann die zuständige Schulbehörde die Dauer aller oder einzelner Unterrichtsstunden für einzelne Schulen durch Verordnung mit 45 Minuten festsetzen.
- Die durch den Lehrplan bestimmte Gesamtwochenstundenzahl ist vom Schulleiter möglichst gleichmäßig auf die einzelnen Tage der Woche aufzuteilen, wobei in den Lehrplänen unter Bedachtnahme auf die Art des Unterrichtsgegenstandes pädagogisch zweckmäßige Blockungen und darüber hinausgehend schulautonome Gestaltungsmöglichkeiten vorzusehen sind (§ 3 Abs. 1 *Schulzeitgesetz* 1985).
- Ungeachtet dessen gibt es die Möglichkeit auf Grund schulautonomer Lehrplanbestimmungen Blockungen (auch in anderen Fächern, als die durch den Lehrplan verordneten) unter den im jeweiligen Lehrplan (schulautonome Lehrplanbestimmungen) genannten Voraussetzungen vorzusehen.
- Gem. § 6 SchZG sind nah dem *Schulzeitgesetz* auch Schulversuche möglich: „§ 6. Der Bundesminister für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten oder mit dessen Zustimmung der Landesschulrat (Kollegium) können, wenn dies zur Erprobung besonderer pädagogischer oder schulorganisatorischer Maßnahmen erforderlich ist, an Schulen der im § 1 genannten Arten Schulversuche durchführen, bei denen vom Abschnitt I abgewichen wird. Die Anzahl der Klassen, an denen solche Schulversuche durchgeführt werden, darf 5 vH der Anzahl der Klassen an gleichartigen Schulen im Bundesgebiet nicht übersteigen.“

Das **Schulunterrichtsgesetz** überträgt die Erlassung bestimmter autonomer Regelungen dem Klassen-bzw. Schulforum oder dem Schulgemeinschaftsausschuss.

Klassen-bzw. Schulforum:

Entscheidung über

- mehrtägige Schulveranstaltungen
- Erklärung einer Veranstaltung zu einer schulbezogenen Veranstaltung (§ 13a Abs. 1 SchUG)
- Hausordnung gemäß § 44 Abs. 1 SchUG
- Bewilligung zur Durchführung von Sammlungen gemäß § 46 Abs. 1 SchUG
- Bewilligung zur Organisierung der Teilnahme von Schülerinnen und Schülern an Veranstaltungen gemäß § 46 Abs. 2 SchUG
- Durchführung von Veranstaltungen der Schulbahnberatung
- Durchführung von Veranstaltungen betreffend die Schulgesundheitspflege
- Erlassung schulautonomer Lehrplanbestimmungen (§ 6 Abs. 1 und 3 des Schulorganisationsgesetzes - SchOG)
- schulautonome Festlegung von Eröffnungs- und Teilungszahlen (§ 8a Abs. 2 SchOG)
- schulautonome Schulzeitregelungen (§ 2 Abs. 5 und 8 sowie § 3 Abs. 2 des *Schulzeitgesetzes* 1985)
- Festlegung der Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit Unterrichtsmitteln (§ 14 Abs. 6 SchUG)
- Erstellung von Richtlinien über die Wiederverwendung von Schulbüchern (§ 14 Abs. 7 SchUG)
- Festlegung einer alternativen Form der Beurteilung der Leistungen (§ 18 Abs. 2 SchUG)
- Kooperationen mit Schulen oder außerschulischen Einrichtungen
- Durchführung der Wiederholungsprüfungen auch oder nur am Donnerstag und bzw. oder Freitag der letzten Woche des Schuljahres (§ 23 Abs. 1c SchUG).

Beratung, insbesondere über:

- wichtige Fragen des Unterrichtes
- wichtige Fragen der Erziehung

- Fragen der Planung von Schulveranstaltungen
- Termine und die Art der Durchführung von Elternsprechtagen
- Wahl von Unterrichtsmitteln
- Verwendung von der Schule zur Verwaltung übertragener Budgetmittel
- Baumaßnahmen im Bereich der Schule

Schulgemeinschaftsausschuss:

Entscheidung über

- mehrtägige Schulveranstaltungen
- Erklärung einer Veranstaltung zu einer schulbezogenen Veranstaltung (§ 13a Abs. 1 SchUG)
- Durchführung (einschließlich der Terminfestlegung) von Elternsprechtagen (§ 19 Abs. 1 SchUG)
- Hausordnung gemäß § 44 Abs. 1 SchUG 4
- Bewilligung zur Durchführung von Sammlungen gemäß § 46 Abs. 1 SchUG
- Bewilligung zur Organisierung der Teilnahme von Schülerinnen und Schülern an Veranstaltungen gemäß § 46 Abs. 2 SchUG
- Durchführung von Veranstaltungen der Schulbahnberatung
- Durchführung von Veranstaltungen betreffend die Schulgesundheitspflege
- Vorhaben, die der Mitgestaltung des Schullebens dienen (§ 58 Abs. 3 SchUG)
- Erlassung schulautonomer Lehrplanbestimmungen (§ 6 Abs. 1 und 3 des SchOG und § 5 Abs. 1 und 3 Z 1 des Land- und forstwirtschaftlichen Bundesschulgesetzes)
- schulautonome Festlegung von Eröffnungs- und Teilungszahlen (§ 8a Abs. 2 SchOG und § 8a Abs. 2 des Land- und forstwirtschaftlichen Bundesschulgesetzes)
- schulautonome Schulzeitregelungen (§ 2 Abs. 5 und 8 sowie § 3 Abs. 2 des Schulzeitgesetzes 1985)
- schulautonome Festlegung von Reihungskriterien (§ 5 Abs. 1)
- Erstellung von Richtlinien über die Wiederverwendung von Schulbüchern (§ 14 Abs. 7 SchUG)
- Kooperationen mit Schulen oder außerschulischen Einrichtungen
- Durchführung der Wiederholungsprüfungen auch oder nur am Donnerstag und bzw. oder Freitag der letzten Woche des Schuljahrs (§ 23 Abs. 1c SchUG)

Beratung, insbesondere über

- wichtige Fragen des Unterrichtes
- wichtige Fragen der Erziehung
- Fragen der Planung von Schulveranstaltungen
- Wahl von Unterrichtsmitteln
- Verwendung von der Schule zur Verwaltung übertragener Budgetmittel
- Baumaßnahmen im Bereich der Schule